

1 **A3 Initiativantrag Migration**

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Der andauernde völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sorgt weiterhin für
4 großes Leid. Deutschland hat bisher mehr als einer Million Menschen aus der Ukraine Schutz
5 gewährt. Hinzu kommt, dass viele Menschen aus anderen Teilen der Welt nach Europa und
6 Deutschland kommen. Die Gründe für diese Migration sind unterschiedlich: Zum einen
7 kommen Menschen, weil sie vor Krieg, Terror oder politischer Verfolgung bei uns Schutz
8 suchen. Zum anderen kommen Menschen, die sich in Deutschland ein besseres Leben erhoffen.
9 Das christliche Menschenbild gebietet uns, Menschen in Not zu helfen. Wer bei uns berechtigt
10 Zuflucht sucht, soll auch in Zukunft Schutz in unserem Land finden können. Wir müssen aber
11 auch die berechtigten Sorgen in unserem Land ernst nehmen und die Belastungen für unsere
12 Kommunen in den Fokus nehmen. Damit Humanität und Ordnung in der Asyl- und
13 Flüchtlingspolitik in Deutschland bewahrt bleiben, bedarf es einer erheblichen Reduzierung der
14 Zugänge.

15 Die Folgen der Zuwanderung liegen vor allem auf den Schultern unserer Städte und Gemeinden.
16 Sie leisten großartige Arbeit. Allerdings sind die Kapazitäten in vielen Kommunen längst
17 ausgeschöpft. Das System zur Unterbringung, Versorgung, Registrierung und Verteilung von
18 Geflüchteten ist auf allen Ebenen an der Grenze der Leistungsfähigkeit. Der Mangel an
19 Integrationsangeboten, die Bereitstellung von Plätzen für Geflüchtete in Regelstruktursystemen
20 wie Schule und Kita sowie die Finanzierung der Flüchtlingskosten bereiten immer größere
21 Schwierigkeiten. Das Thema Migration mit all seinen Auswirkungen, die die Menschen
22 unmittelbar vor Ort betreffen, ist zu einer Frage der Handlungsfähigkeit aller staatlichen
23 Ebenen geworden. Es wird immer schwerer, der großen Zahl der zu uns kommenden Menschen
24 noch gerecht zu werden.

25 Ausgehend von den Gesamtzahlen des Vorjahres rechnen die Behörden dieses Jahr mit einem
26 Zuzug von insgesamt 320.000 Asylbegehrenden. Das sind 70.000 mehr als 2022 und rund
27 200.000 mehr als 2020. Für NRW lagen die Zugänge im Bereich Asyl von Januar bis August 2023
28 in etwa doppelt so hoch wie in 2022. Die Prognose aufgrund der bisherigen Zugänge nach NRW
29 beträgt 65.000 Gesamtzugänge in 2023. Aktuell werden fast 100.000 neu zugewanderte
30 Schülerinnen und Schülern an unseren Schulen unterrichtet.

31 Um auch zukünftig den Menschen helfen zu können, die ein Recht auf Hilfe haben, müssen wir
32 zwischen denjenigen, die in Deutschland leben wollen, aber kein Bleiberecht haben, und denen,
33 die vor Krieg, Verfolgung und Vertreibung fliehen und daher Schutz brauchen, unterscheiden.
34 Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich daher dafür ein, dass Menschen, die keine Aussicht auf
35 Bleiberecht haben, nicht mehr nach Europa und Deutschland kommen. Menschen mit
36 Bleiberecht sollen solidarisch in der EU verteilt werden.

37 Gleichzeitig fordert die CDU Nordrhein-Westfalen, dass der Bund Länder und Kommunen mit
38 der Versorgung und Unterbringung der Geflüchteten nicht alleine lässt. Bund, Land und
39 Kommunen befinden sich in einer Verantwortungsgemeinschaft, die der Bund nicht einseitig
40 verlassen kann. Allein in diesem Jahr unterstützt die Landesregierung die Kommunen in
41 Nordrhein-Westfalen mit rund 2,4 Mrd. Euro bei der Finanzierung der Unterbringung und
42 Versorgung. Damit gibt das Land dreimal so viel Finanzmittel an die Kommunen wie das Land
43 vom Bund erhält – und das trotz eigener hoher Kosten.

44 Außerdem haben Landesregierung und kommunale Spitzenverbänden vereinbart, bis Anfang
45 2024 weitere 3.000 Plätze in Landeseinrichtungen für die Erstunterbringung von Geflüchteten

46 zu schaffen. Die CDU Nordrhein-Westfalen begrüßt diese verantwortungsvolle Partnerschaft
47 zwischen Land und Kommunen.

48 Die Bundesregierung wird hingegen ihrer großen Verantwortung bislang noch nicht gerecht. Die
49 Begrenzung, Steuerung und Regulierung von irregulärer Migration ist originäre Aufgabe des
50 Bundes. Daher begrüßen wir den Vorschlag des Bundeskanzlers im Rahmen eines
51 Deutschlandpaktes Migration zusammenzuarbeiten. Jedoch ist für uns klar, dass wesentliche
52 Maßnahmen zur Begrenzung der Migration nur auf Bundesebene getroffen werden können. Wir
53 fordern den Bundeskanzler daher auf, ernsthafte partei- und fraktionsübergreifende Gespräche
54 zu führen.

55 Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert:

- 56 1. Irreguläre Migration muss beendet werden, damit wir denjenigen Menschen gerecht
57 werden können, die wirklich unsere Hilfe brauchen, weil sie vor Krieg und Vertreibung
58 fliehen.
- 59 2. Das EU-Türkei-Abkommen war ein wichtiger Schritt, um vor allem syrischen Flüchtlingen
60 vor Ort besser helfen zu können und gleichzeitig die Zahl der Flüchtlinge, die nach Europa
61 kommen, zu reduzieren. Dieses Abkommen muss durch die Bundesregierung wieder
62 reaktiviert werden.
- 63 3. Unser Ziel ist es, das Sterben im Meer zu beenden. Daher sollten ähnliche Abkommen wie
64 das EU-Türkei-Abkommen mit weiteren Staaten geschlossen werden – etwa in Nordafrika.
65 Der Partnerstaat soll sich dazu bereit erklären, jeden, der irregulär die See- und
66 Landgrenzen von seinem Land in Richtung der Europäischen Union überschreitet, wieder
67 zurückzunehmen.
- 68 4. Notwendig sind verstärkte Grenzkontrollen an allen östlichen und südlichen Grenzen der
69 Bundesrepublik. Wir fordern die Bundesregierung auf, wirksame grenzpolizeiliche
70 Maßnahmen zu ergreifen, beispielsweise stationäre Grenzkontrollen und lageabhängig
71 weitere grenzpolizeiliche Maßnahmen, einschließlich zulässiger Zurückweisungen.
- 72 5. Die Bundesregierung muss Rückführungs- und Migrationsabkommen mit allen wichtigen
73 Herkunftsstaaten abschließen, damit diese die in Deutschland oder anderen
74 Mitgliedstaaten der EU ausgestellten sog. Laissez-Passer-Dokumente bei der Rückkehr
75 akzeptieren. Ziel muss es sein, dass diese Staaten bei der Rückübernahme ihrer
76 Staatsangehörigen kooperieren und so die Zahl der Ausreisen erhöht wird.
- 77 6. Die Bundesregierung muss auf einen baldigen Abschluss der Reform des sogenannten
78 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) hinwirken. Insbesondere sollen Zentren
79 an den Außengrenzen errichtet werden, in denen Menschen, die aus Ländern mit einer
80 niedrigen Anerkennungsquote stammen, ein zügiges Verfahren erhalten und im Falle einer
81 negativen Entscheidung zurückgeschickt werden. Insbesondere die SPD-Mitglieder und die
82 Mitglieder der Grünen in der Bundesregierung sollten auf ihre Partei-Freunde im
83 Europäischen Parlament einwirken und deren Blockaden des entsprechenden Vorschlags
84 überwinden.
- 85 7. Die Bundesregierung muss sich an einem effektiven Schutz der EU-Außengrenzen stärker
86 beteiligen. FRONTEX sollte deshalb gestärkt und zu einer vollwertigen Grenzpolizei
87 ausgebaut werden.
- 88 8. Kein Land verantwortet so viele Rückführungen wie Nordrhein-Westfalen. Die Rückführung
89 abgelehnter Asylbewerbender muss konsequenter erfolgen, insbesondere von Personen,
90 die schwere Straftaten oder Gewaltverbrechen verübt haben. Abschiebungen sollten, wenn

- 91 möglich, unmittelbar aus dafür zu schaffenden Einrichtungen des Bundes erfolgen können,
92 z. B. an den großen deutschen Flughäfen.
- 93 9. Die Bundesregierung muss die Voraussetzungen für beschleunigte Asylverfahren für
94 Menschen aus Staaten, bei denen die Anerkennungsquote unter fünf Prozent liegt und für
95 die die Lageeinschätzung der Bundesregierung positiv ist, durch die Aufnahme dieser
96 Länder in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten schaffen. Insbesondere sind zeitnah
97 Georgien und Moldau als EU-Beitrittskandidaten sowie die Maghreb-Staaten, Armenien und
98 Indien zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden.
- 99 10. Die Bundesregierung muss die gesetzlichen Regelungen, die Abschiebungsmaßnahmen
100 verhindern oder zumindest erschweren, anpassen und die Höchstdauer des
101 Ausreisegewahrsams im Einklang mit dem verfassungs- und europarechtlichen Rahmen
102 von derzeit zehn auf 28 Tage verlängern.
- 103 11. Die Bundesregierung muss die Asylverfahren von Flüchtlingen und die Einwanderung von
104 Fachkräften organisatorisch klar voneinander zu trennen. Wir brauchen eine
105 Bundesagentur für Einwanderung, wie sie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrem
106 Beschluss „Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik“ vorgeschlagen
107 hat.
- 108 12. Die Bundesregierung muss ihrer besonderen Verantwortung gerecht werden und sich
109 angemessen an der Finanzierung der Versorgung und Unterbringung der zu uns
110 kommenden Menschen beteiligen. Es bedarf eines atmenden Systems, bei dem sich die
111 finanzielle Unterstützung des Bundes an den Zugangszahlen der Geflüchteten orientieren.
- 112 13. Die Bundesregierung muss geeignete und unmittelbar wirksame Maßnahmen auf
113 nationaler und europäischer Ebene ergreifen, damit Deutschland und Europa aufgrund der
114 aktuellen Situation in Israel und Gaza nicht zum Rückzugsort für Hamas-Mitglieder und
115 Mitglieder anderer Terrorgruppen, deren Sympathisanten und Unterstützer oder militanter
116 Palästinenser werden.
- 117 14. Es muss uns zu denken geben, dass Griechenlands Migrationsminister Kairidis sagt,
118 Deutschland biete Unterstützungsleistungen, von denen ein griechischer Staatsbürger
119 nicht einmal träumen würde. Demzufolge muss die Bundesregierung auch ein Absenken
120 des Niveaus unserer Leistungen prüfen und die Sozialstandards für Flüchtlinge und
121 Migranten unter Berücksichtigung der Kaufkraft mit dem Ziel einer EU-weiten Angleichung
122 anpassen.
- 123 15. Die Bundesregierung sollte zudem in enger Abstimmung mit den Ländern zeitnah die
124 Voraussetzungen zur Einführung einer bundesweit einheitlichen Bezahlkarte schaffen und
125 dabei die Umsetzbarkeit in den Kommunen sicherstellen.
- 126 16. Die Bundesregierung muss diese Maßnahmen insbesondere ergreifen, um die Zahlen der
127 Zuwanderung so weit reduzieren, dass die Länder wieder in die Lage versetzt werden, zur
128 bisherigen Praxis zurückzukehren, zugewiesene Asylbewerber rechtzeitig anzukündigen.
129 Ebenso sollten die Kommunen über Besonderheiten informiert werden. Dies schafft
130 bessere Planungssicherheit und Verlässlichkeit.